

Der Bezirksbürgermeister

Bezirksvertretung 1 (Innenstadt)

Geschäftsführung
Frau Brohl

Telefon: (0221) 221-91709

E-Mail: Andrea.brohl@stadt-koeln.de

Datum: 22.06.2021

Niederschrift

über die **6. Sitzung der Bezirksvertretung Innenstadt** in der Wahlperiode 2020/2025 am Donnerstag, dem 10.06.2021, 16:00 Uhr bis 19:30 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Außengastronomie Consilium, Rathaus Spanischer Bau, Das Tragen einer med. Maske oder FFP2 Maske ist vorgeschrieben. Es stehen weniger Plätze für die Öffentlichkeit zur Verfügung. Melden Sie sich bitte bei der Schriftführung an.

Anwesend:

Mitglieder der Bezirksvertretung

Hupke, Andreas, Bezirksbürgermeister	GRÜNE
Kosubek, Antje	GRÜNE
Leitner, Günter	CDU
Polat, Alicem	SPD
Cazier, Julie	Auf Vorschlag von GRÜNE
Fischer, Stefan	GRÜNE
Heinrichs, Nicole	GRÜNE
Herrndorf, Martin, Dr.	GRÜNE
Utku, Mildred	GRÜNE
Vinçon, Klaus	GRÜNE
Börschel, Regina, Dr.	SPD
Cremer, Tim	SPD
Uerlich, Ralf	CDU
Musto, Michael	CDU
Scheffer, Michael	DIE LINKE.
Müller, Manfred	DIE LINKE.
Nüsser, Christian	FDP
Horch, Lea	KlimaFreunde
Kader, Sabine	Die PARTEI

Ratsmitglieder mit beratender Stimme, § 36 Abs. 6 Satz 1 Gemeindeordnung NRW

Karadag, Derya	GRÜNE
----------------	-------

Verwaltung

Höver, Ulrich, Dr.
Zlonicky, Lena

Seniorenvertreterinnen und Seniorenvertreter

Flöge-Becker, Maria

Schriftführerin

Brohl, Andrea

Gäste

Palm, Ute

auf Vorschlag des Arbeitskreises Barrierefreies Köln

Presse

Zuschauer

Entschuldigt:

Ratsmitglieder mit beratender Stimme, § 36 Abs. 6 Satz 1 Gemeindeordnung NRW

Breite, Ulrich	FDP
Hammer, Lino	GRÜNE
Helmis, Maria	SPD
Heuser, Marion	GRÜNE
Jeschka, Manuel	Volt
Kockerbeck, Heiner	DIE LINKE
Lorenz, Lukas	SPD
Lutz, David, Dr.	GRÜNE
Michel, Dirk	CDU
Rudolph, Floris	GRÜNE
Ruffen, Stefanie	FDP
Schneeloch, Sandra	GRÜNE
Schwanitz, Hans	GRÜNE
Sterck, Ralph	FDP
Weber, Florian	CDU

Bezirksbürgermeister, Herr Hupke, begrüßt alle Anwesenden recht herzlich zur letzten Sitzung der Bezirksvertretung Innenstadt vor der Sommerpause. Er bedankt sich bei der Verwaltung und bei dem Inhaber des Consiliums, Herrn Rayes, dass die Sitzung zum zweiten Mal im Innenhof stattfinden kann.

Herrn Fischer gratuliert er zum Geburtstag und wünscht ihm alles Gute und Gottes Segen.

Herr Uerlich, CDU, bittet die Tagesordnungspunkte 3.10 und 4.1 aufgrund Beratungsbedarfs zu vertagen.

Herr Cremer, SPD, bittet den Tagesordnungspunkt 5.2.7 aufgrund Beratungsbedarfs zu vertagen.

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

A- Verabschiedung von Frau Maj-Britt Sterba

B- Verpflichtung von Frau Julie Cazier als Mitglied der Bezirksvertretung Innenstadt

C - Torschlüssel des FHPD - Entgegennahme des Preises für besonderes ehrenamtliches Engagement im Bereich von Archäologie und Stadtgeschichte

1 Einwohnerfragestunde / Aktuelle Stunde / Vortrag zu aktuellem Thema

1.1 Aktuelle Stunde - Vermüllung von Plätzen und Parkanlagen anhand des Beispiels Neusser Platz - auf Antrag der CDU

2 Benennung von Bezirksvertretern/innen als Stimmzähler/innen

3 Verwaltungsvorlagen

3.1 Geschäftsordnung für die Gremien der Seniorenpolitik der Stadt Köln
3159/2020

3.1.1 Rechte der Seniorenvertretungen stärken, Änderungsantrag Die Linke
AN/1296/2021

3.2 Umgestaltung Spielplatz Buschgasse in Altstadt/Süd
0947/2021

3.3 Radverkehrskonzept Innenstadt
Planungs- und Baubeschluss: Radfahrstreifen Siegburger Straße zwischen Benjaminstraße und Deutzer Freiheit
1071/2021

3.3.1 ÄA zur Vorlage 1071/2021 - Radfahrstreifen Siegburger Straße, Änderungsantrag Grüne
AN/1216/2021

3.3.2 Änderungsantrag Siegburger Straße, Änderungsantrag Die Linke
AN/1299/2021

3.4 Radverkehrskonzept Innenstadt
Neuordnung der Verkehre am Zülpicher Platz einschließlich Sperrung für den Kfz-Verkehr
1068/2021

3.5 Radverkehrskonzept Innenstadt - Kölner Ringe - Abschnitt Hohenzollernring, Kaiser-Wilhelm-Ring, Hansaring
1571/2021

- 3.5.1 Verkehrsversuch Pop-Up-Bike-Lane zwischen Kreuzung Kämpchenshof und Erfstraße, gem. Änderungsantrag Grüne, Die Linke, Klimafreunde und Die Partei
AN/1184/2021
- 3.5.2 ÄA zu 3.5 Gestaltung der Rechtsabiegemöglichkeit an der Kreuzung Kaiser-Wilhelm-Anlage/Christophstraße, gem. Änderungsantrag Grüne, Die Linke, Klimafreunde und Die Partei
AN/1185/2021
- 3.6 Baumneupflanzungen in der Vedulastraße und der Vondelstraße
1545/2021
- 3.7 Fläche für Urban Gardening Projekt „Sachsenring“
1742/2021
- 3.8 Sädtebauliches Planungskonzept Hochpunkt Siegburger Straße in Köln-Deutz, Anhörung der Bezirksvertretung Innenstadt zu den Ergebnissen der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung hier: Beschluss über die Vorgaben zur Ausarbeitung des Bebauungsplan-Entwurfes
1679/2021
- 3.9 Satzung über eine Verlängerung der Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Altstadt / Nord
Arbeitstitel: "Westlich unter Goldschmied (Laurenz Carré)"
1348/2021
- 3.10 Neueinteilung und Umbenennung der Stadtteile in der linksrheinischen Innenstadt
Beauftragung der Verwaltung zur Erstellung eines Vorschlags und einer entsprechenden Ratsvorlage durch Ratsbeschluss vom 12.12.2019
1094/2021
- 3.11 Entwurf der Fortschreibung des Straßenreinigungsverzeichnisses zur Straßenreinigungssatzung hier: Ausübung des Anhörungsrechtes gemäß § 19 (4) der Hauptsatzung
1786/2021
- 3.12 Einbau eines Leckage-Schutzsystems und Trennung von Lösch- und Trinkwasser im Bürgerhaus Stollwerck
1697/2021
- 3.13 Stadtbahnanbindung Mülheimer Süden - Bedarfsfeststellungsbeschluss mit gleichzeitiger Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen bei der Finanzstelle 6601-1201-901109, Straßen- u. Stadtbahnbau Mülheimer Süden
1218/2021

- 3.14 Neue Verkehrsführung im Apostelnquartier
1826/2021
- 3.15 Neue Verkehrsführung im Bereich der Severinstraße
1825/2021
- 3.16 Drogenhilfeangebote am Neumarkt
1154/2021
- 3.17 Vergabe von bezirksorientierten Mitteln und Mitteln zur Kulturförderung für den Stadtbezirk Innenstadt, Teil I b
1669/2021
- 4 Anregungen und Beschwerden nach § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**
- 4.1 Bürgereingabe nach § 24 GO – „Einrichtung eines Europaplatzes" Aktenzeichen 34/21B
0711/2021
- 4.2 Bürgereingabe nach § 24 GO "Aufwertung Spielplatz Hafenpark an der Drehbrücke", AZ 58/21 S
1167/2021
- 4.3 Bürgereingabe gem. § 24 GO, betr.: Fahrradparkplätze im Pantaleonsviertel (Az.: 02-1600-154/20)
1822/2021
- 5 Anträge der Fraktionen und Einzelmandatsträger gemäß § 37 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen (Entscheidungs- und Anhörungsrechte)**
- 5.1 Anträge aus früheren Sitzungen
- 5.2 Anträge zu dieser Sitzung
- 5.2.1 Severinskirchplatz und An St.Magdalenen, gem. Antrag Grüne und SPD
AN/1038/2021
- 5.2.2 Gedenktafel/-Plakette für Michael "Mike" Jovy, Antrag Grüne
AN/1105/2021
- 5.2.3 Fort X
Gemeinsamer Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis90/Die Grünen und SPD
AN/1128/2021

- 5.2.4 Neuordnung der Verkehre im Bereich Deutz-Mülheimer Str./Justinianstr./Opladener Str., Antrag Grüne
AN/1129/2021
- 5.2.5 Maßnahmen zur Verstetigung der Soziale Erhaltungssatzung im Severinsviertel, gem. Antrag Grüne, SPD und Die Linke
AN/1106/2021
- 5.2.6 Neuordnung der Verkehrsführung an der LVR-Baustelle Ottoplatz, Antrag Grüne
AN/1130/2021
- 5.2.7 Superblöcke für Köln - für Aufenthaltsqualität und die Verkehrswende im Vededel, gem. Antrag Grüne, Die Linke, Klimafreunde und Die Partei
AN/1138/2021
- 5.2.8 Außengastronomie 2021/2022, gem. Antrag Grüne, CDU, SPD, Die Linke, FDP, Klimafreunde, Die Partei
AN/1260/2021
- 5.2.9 DA zur Mitteilung 2144/2021 - Treppenturm/Sanierung Drehbrücke, Antrag Grüne
AN/1345/2021

6 Anfragen der Fraktionen und Einzelvertreter

- 6.1 Anfragen aus früheren Sitzungen
 - 6.1.1 Quartiersgaragen in der nördlichen Innenstadt, Anfrage SPD
AN/1701/2018
 - 6.1.2 Kellertheater und Kartäuserwall, Anfrage Linke
AN/1173/2019
 - 6.1.3 Zustand der KVB Haltestelle Deutzer Freiheit, Anfrage CDU
AN/0949/2020
 - 6.1.4 Kreisverkehr Roonstraße-Lindenstraße-Brüsseler Straße (AN/1539/2010); Beseitigung von Gefahrensituationen an der Kreuzung Lindenstraße/Lützowstraße (AN/0117/2016), Antrag SPD
AN/1315/2020
 - 6.1.5 Sachstandsanfrage zu zwei Spielplätzen, Anfrage CDU
AN/0484/2021

6.1.5.1 Sachstandsanfrage zu zwei Spielplätzen (AN/0484/2021) Spielplatz "Perlen-graben" (1 01 04 01) und "Von den Siebenburgen" (1 01 04 03)
1174/2021

6.1.6 Baulücke Richard-Wagner-Straße, Anfrage Die Linke
AN/0486/2021

6.2 Anfragen zu dieser Sitzung

6.2.1 Straßenlärm macht krank – Lärmeinwirkungen im Bezirk Innenstadt, Anfrage
Grüne
AN/1107/2021

6.2.2 Ampelschaltung neuer Überweg Innere Kanalstraße, Anfrage Grüne
AN/1108/2021

7 Mündliche Fragen an die Verwaltung

8 Mitteilungen des Bezirksbürgermeisters

9 Mitteilungen der Verwaltung

9.1 Ausweitung der Bewohnerreservierung im Bewohnerparkgebiet City-
Martinsviertel (CITY)
0556/2021

9.2 Ausweitung der Bewohnerreservierung im Bewohnerparkgebiet Nördlich
Neumarkt (NEU)
0914/2021

9.3 Temporäre Spielstraßen
1331/2021

9.4 Sachstand: Erfassung der Geruchslage im Bereich der Weidengasse durch
ein Gutachten nach Geruchsimmisionsrichtlinie (GIRL) durch das Umwelt-
und Verbraucherschutzamt der Stadt Köln
1734/2021

9.5 Projekt: (Post)koloniales Erbe der Stadt Köln
1723/2021

9.6 Ergebnis über den Wettbewerb zur Errichtung einer Kfz-Brücke und einer
Rad-/ Gehwegbrücke über das Hafenbecken, Deutzer Hafen in Köln-Deutz
1820/2021

- 9.7 Verbreiterung des Geh-/ Radweges im Gereonswall/Klingelpütz
1999/2021
- 9.8 Aufstellung von Messgeräten an der Bastei (AN/0681/2021)
1662/2021
- 9.9 Unfallhäufungsstellen und tödliche Verkehrsunfälle des Jahres 2020 im
Stadtbezirk Innenstadt
1950/2021
- 9.10 Carsharing im öffentlichen Raum
hier: Anfrage der SPD-Fraktion in der Sitzung des Verkehrsausschusses am
20.04.2021, TOP 5.2.3
1911/2021
- 9.11 "Der Städtebauliche Masterplan für die Innenstadt Köln"
hier: Aktueller Sachstand und Ausblick
1996/2021
- 9.12 Einrichtung einer zeitliche befristeten Mobilitäts- und Logistikstation am Otto-
platz in Deutz
1738/2021
- 9.13 Flächenbericht 2020 für die Gebäude- und Parkflächen des Sondervermö-
gens der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln (GW) wird verschoben
1655/2021
- 9.14 Sanierung der Drehbrücke im Deutzer Hafen - Sachstand zur Erstellung ei-
nes Treppenturms
2144/2021

I. Öffentlicher Teil

A- Verabschiedung von Frau Maj-Britt Sterba

Bezirksbürgermeister, Herr Hupke, verabschiedet Frau Maj-Britt Sterba, die Köln aus beruflichen Gründen verlässt und dankt ihr für die gute vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Frau Sterba, dankt den Mitgliedern der Bezirksvertretung und der Verwaltung für die kurze aber interessante Zeit und wünscht der Bezirksvertretung viel Erfolg bei der politischen Arbeit, insbesondere auch ihrer Nachfolgerin Frau Julie Cazier.

B- Verpflichtung von Frau Julie Cazier als Mitglied der Bezirksvertretung Innenstadt

Bezirksbürgermeister, Herr Hupke, verpflichtet Frau Julie Cazier als neues Mitglied der Bezirksvertretung Innenstadt ihre Aufgabe als Mitglied der Bezirksvertretung nach bestem Wissen und Können wahrzunehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes Nordrhein-Westfalen und die Gesetze zu beachten und ihre Pflichten zum Wohle der Stadt Köln zu erfüllen.

C - Torschlüssel des FHPD - Entgegennahme des Preises für besonderes ehrenamtliches Engagement im Bereich von Archäologie und Stadtgeschichte

Herr Tremblau, Herr Ringling und Herr Hoffmann, Förderverein Historischer Park Deutz (FHPD), überreichen Herrn Hupke stellvertretend für die Bezirksvertretung Innenstadt den Torschlüssel des FHPD in Bronze. Diesen Preis vergibt der FHPD für besonderes Engagement im Bereich von Archäologie und Stadtgeschichte. Herr Tremblau dankt der Bezirksvertretung Innenstadt ausdrücklich für ihr Engagement. Ohne den Beschluss der Bezirksvertretung Innenstadt in 2018 würde es den Historischen Park Deutz heute wahrscheinlich nicht geben, da die verantwortlichen Planer der Verwaltung dies in 2017 abgelehnt hätten.

Bezirksbürgermeister, Herr Hupke, bedankt sich herzlich für die Überreichung der Urkunde. Er hofft, dass der Historische Park Deutz auch im Weltkulturerbe Limes enthalten sein werde. Er hätte es nie gedacht, dass aus dem bürgerschaftlichen Engagement ein solches Projekt entstehen würde. Die Bezirksvertretung müsse sich dafür einsetzen, dass vor Alt Sankt Heribert über dem alten Deutzer Kastell kein Parkplatz sei.

1 Einwohnerfragestunde / Aktuelle Stunde / Vortrag zu aktuellem Thema

1.1 Aktuelle Stunde - Vermüllung von Plätzen und Parkanlagen anhand des Beispiels Neusser Platz - auf Antrag der CDU

Herr Leitner, CDU, führt aus, dass ihn und Frau Dr. Börschel, SPD, am Wochenende eine Mail erreicht habe, dass der Neusser Platz mit Müll übersät sei. Daher bittet er zu erläutern, wie es geregelt werden könne, dass der Neusser Platz gerade am Wochenende in besonderer Weise gereinigt werde. Ab 10 Uhr fänden sonntags die ers-

ten Gottesdienste in der Agneskirche statt und die Besucher müssten über den Müll steigen. Das Ordnungsamt sei laut Anwohnern wenig präsent. Im Norden der Innenstadt seien nicht nur der Neusser Platz, sondern auch beispielsweise der Hilde-Domin-Park und die Theodor-Heuss-Anlagen betroffen.

Bezirksbürgermeister, Herr Hupke, bittet die Abfallwirtschaftsbetriebe, AWB, hierzu um Darstellung der gesetzlichen Grundlage.

Herr Pagano, AWB stellt dar, dass die Abfallwirtschaftsbetriebe laut Straßenreinigungssatzung den Neusser Platz fünfmal wöchentlich, also außer dem Wochenende, reinigen. Die Papierkörbe werden montags bis freitags geleert und gewartet. Das Problem könne durch eine Veränderung der Reinigungshäufigkeit gemäß der Straßenreinigungssatzung gelöst werden. Die Kosten würden auf die Anlieger umgelegt, was in der Vergangenheit an dieser Stelle allerdings schon zu Widerstand geführt habe. Die meisten Grünanlagen würden im Sommer einmal wöchentlich betreut, die wichtigsten wie z. B. der Aachener Weiher deutlich häufiger. An einem schönen Wochenende fielen ca. 20 Tonnen Müll in den Grünanlagen an. Die Entsorgung koste 10 bis 12 Mio. Euro jährlich und werde über die Abfallgebühr finanziert. Darüber sei die Öffentlichkeit in einer Kampagne auf City-Light-Flächen Ende April sensibilisiert worden. Über zusätzliche Beauftragungen könne man sich gerne mit der Bezirksvertretung und der Verwaltung austauschen. Er weist darauf hin, dass die AWB keine Ordnungsbehörde sei.

Herr Uerlich, CDU, weist darauf hin, dass die Ausschüsse über die Kostensituation entscheiden, aber die Bezirksvertretung könne dies anregen. Man müsse die Plätze benennen, wo weitere Reinigungen in der Innenstadt notwendig seien und dies in den Rat zur Entscheidung geben. Die Situation in der Innenstadt als Visitenkarte für Köln sei nicht akzeptabel.

Frau Dr. Börschel, SPD, erläutert, dass sich durch die Verlagerung des Lebens in die Öffentlichkeit die Situation wieder verstärkt zeige. Es sei zu überlegen, ob das Reinigungskontingent Richtung Wochenende verschoben werden könne und evtl. zusätzliche Müllbehälter in Abstimmung mit der Kirchengemeinde aufgestellt werden könnten. Sie weist außerdem darauf hin, dass die Installation der öffentlichen Toilette an dieser Stelle noch ausstehe und bittet um Erläuterung des aktuellen Sachstands.

Bezirksbürgermeister, Herr Hupke, berichtet vom Quartier Latäng, wo damals das Reinigungsintervall von 5 auf 9 Mal wöchentlich erhöht wurde, die Mehrkosten seien auf die Anwohner umgelegt worden.

Herr Pagano, AWB, sagt zu, dass eine Verschiebung der Reinigungstage geprüft werde. Die Anbringung zusätzlicher Papierkörbe sei möglich. Er führt aus, dass das Toilettenkonzept ein stadtweites Konzept sei, als nächster Standort in der Innenstadt solle die Siegburger Straße in Deutz realisiert werden. Einen Sachstand zur Toilettenanlage Neusser Straße reiche er nach. Er erläutert, dass die Bezirksvertretung kein eigenes Budget habe, aber ein politisches Signal setzen könne. Die AWB werde dann mit der budgetverwaltenden Dienststelle, dem Amt für Straßen und Verkehrsentwicklung, die Vorschläge prüfen.

Herr Leitner teilt mit, dass donnerstags Markt auf dem Neusser Platz sei und es nicht allein helfe, wenn samstags eine Reinigung erfolge, sondern insbesondere sonntags. Der Roeckerathplatz sei ein nicht bewohnter Platz, daher könne dort durch die Satzung wenig geregelt werden.

Bezirksbürgermeister, Herr Hupke, bittet auch eine Nassreinigung zu prüfen.

Herr Schlünz, Amt für öffentliche Ordnung, berichtet aus dem Spätdienst von dem letzten Wochenende. Der Ordnungsdienst sei akuten Bürgerbeschwerden am Neusser Platz nachgegangen. Samstagnacht habe die Situation an der Schaafenstraße, den Ringen und im Bereich Zülpicher Straße das Personal gebunden. In der Marktstraße seien Kollegen angegriffen worden. Der Zülpicher Platz und der Zülpicher Wall seien geräumt worden. Er kann sich das Unverständnis der Bürger, die den Müll einfach liegen lassen, nicht erklären. Er weist auf die Bilder, die letzte Woche in der Presse vom Aachener Weiher waren, hin. Der Ordnungsdienst habe nur eine begrenzte Kapazität.

Bezirksbürgermeister, Herr Hupke, betont, dass die Innenstadt die urbane Quelle von Köln sei. Er fordert daher auch entsprechende finanzielle Unterstützung durch den Rat. Er bedankt sich bei der CDU-Fraktion für die Beantragung der aktuellen Stunde. Man wolle nicht die ganzen Ballermanntouristen mit den entsprechenden Nebenwirkungen in der Altstadt haben. Die Menschen müssten sich auch dort benehmen. Diesen Respekt hätten auch die Parks in der Innenstadt verdient. Man müsse das Modell der kontrollierten Eskalation nochmals diskutieren. Der Rat müsse die Strafen für solche Ordnungswidrigkeiten drastisch erhöhen.

Herr Uerlich, CDU, fasst zusammen, dass die Bezirksvertretung Innenstadt Bereiche definieren werde, die dann geprüft werden. Er sieht ebenfalls, dass der Rat hier gefordert sei, die Bezirksvertretung zu unterstützen.

Bezirksbürgermeister, Herr Hupke, regt an, dies in einem interfraktionellen Antrag ggf. mit Dringlichkeitsentscheidung zu machen.

2 Benennung von Bezirksvertretern/innen als Stimmzähler/innen

Frau Dr. Börschel (SPD), Herr Musto (CDU) und Herr Dr. Herrndorf (Grüne) werden als Stimmzähler benannt.

3 Verwaltungsvorlagen

3.1 Geschäftsordnung für die Gremien der Seniorenpolitik der Stadt Köln 3159/2020

Auf die Abstimmung zum Änderungsantrag TOP 3.1.1 wird hingewiesen.

Herr Müller, Die Linke, erinnert an eine Pressekonferenz im Vorfeld der Kommunalwahl mit der Bezirksvertretung Innenstadt und der Seniorenvertretung Innenstadt, auf der die Seniorenvertretung sehr ausführlich auf die sogenannte demokratische Lücke in der Seniorenarbeit hingewiesen habe. Die Seniorenvertretung habe angeregt einen Antrag zu stellen, wie die Mitwirkungsrechte der Seniorenvertretungen erweitert werden könnten. Der Antrag habe der Bezirksvertretung zur Sitzung am 22.04.2021 vorgelegen, man sei aber der Anregung der Seniorenvertretung gefolgt, die Beschlussvorlage zurückzustellen, weil die Amtsperiode der Seniorenvertretung am 22.11.2021 ablaufe und es gut gewesen wäre, wenn sich die neue Seniorenvertretung mit der Geschäftsordnung auseinandersetzen würde. Danach habe es eine andere Entscheidung gegeben, die dazu geführt habe, dass heute über die Beschlussvorlage beraten werden soll. Daher habe die Fraktion Die Linke den Ände-

rungsantrag gestellt. Es werde kein Antragsrecht gefordert, sondern lediglich Anregungen und Stellungnahmen.

Herr Uerlich, CDU, weist darauf hin, dass auch bei einem heutigen Beschluss über die Vorlage auch in Zukunft Änderungen der Geschäftsordnung immer noch möglich seien.

Herr Meurers, Seniorenvertretung Innenstadt, erklärt, dass anders als in den Arbeitsgemeinschaften für Behindertenpolitik sowie für Lesbe, Schwule und Transgender alleine in der Seniorenarbeitsgemeinschaft gewählte Vertreter seien. Er habe bereits 2017 den Antrag gestellt, dass die Seniorenvertretungen eigene Anregungen einbringen können, dies sei vom Stadtvorstand nicht akzeptiert worden, die Stadtarbeitsgemeinschaft Seniorenpolitik habe dies nicht diskutiert. Er weist auf § 8 der Geschäftsordnung hin, der die Rechte der Seniorenvertretungen beschränke, weil Änderungen über die SVK Stadtkonferenz und die Gesamtkonferenz einzureichen seien, dadurch solle verhindert werden, dass Anträge von einzelnen Seniorenvertretungen oder Seniorenvertretern eingereicht werden.

Herr Cremer, SPD, weist darauf hin, dass sich die Bezirksvertretung in dieser komplexen Fragestellung eine gemeinsame Linie überlegt habe und ist über den Antrag der Fraktion Die Linken irritiert. Er betont, dass die Mitglieder der Bezirksvertretung Ansprechpartner für die Anregungen und Sorgen verschiedener Interessensgruppen seien. Es sei schwierig die Seniorenvertreter in den Status eines Bezirksvertreters zu setzen. Dieses Thema müsse gesamtstädtisch beantwortet werden. Den Änderungsantrag unterstütze man nicht, die Diskussion könne möglicherweise nochmals an anderer Stelle geführt werden.

Herr Dr. Höver, Bürgeramt Innenstadt, stellt richtig, dass keine demokratische Lücke bestehe. Die Gemeindeordnung lege z. B. auch fest, dass die Bezirksvertretungen keine Ausschüsse bilden könnten. Die Interessenvertretung der Senioren geschehe auf Stadtebene, über die Stadtarbeitsgemeinschaft Seniorenpolitik. Dies werde auch von den zuständigen Ratsausschüssen so gesehen. Die Bezirkssenorenvertretung könne an den Sitzungen der Bezirksvertretung teilnehmen und Wortbeiträge geben. Das Antragsrecht sei aber in der Bezirksarbeitsgemeinschaft Seniorenpolitik.

Auf Antrag der CDU-Fraktion unterbricht Bezirksbürgermeister, Herr Hupke, die Sitzung für 2 Minuten.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Innenstadt empfiehlt dem Ausschuss Soziales und Senioren folgenden Beschluss zu fassen:

Der Ausschuss Soziales und Senioren beschließt gemäß § 19 Absatz 1.8 der Zuständigkeitsordnung der Stadt Köln die als Anlage 1 vorgelegte Neufassung der „Geschäftsordnung für die Gremien der Seniorenpolitik der Stadt Köln – GOGrSP“

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt bei Enthaltung Die Linke.

3.1.1 Rechte der Seniorenvertretungen stärken, Änderungsantrag Die Linke AN/1296/2021

Beschluss:

Im § 1 der Geschäftsordnung für die Gremien der Seniorenpolitik der Stadt Köln (GOGrSP) „Aufgaben und Selbstverständnis“ werden die Sätze (2) und (3) wie folgt angepasst:

Zur Erfüllung dieser Aufgaben sind die Arbeitsgemeinschaften Seniorenpolitik **und die Seniorenvertretungen** auf Bezirks- und Stadtebene tätig und können Anregungen und Stellungnahmen an die in § 23 Abs. 4 der Hauptsatzung der Stadt Köln genannten Gremien vorlegen. Die Gremien können die Arbeitsgemeinschaften um Stellungnahmen bitten.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen Die Linke und Klimafreunde **abgelehnt**.

**3.2 Umgestaltung Spielplatz Buschgasse in Altstadt/Süd
0947/2021**

Herr Nüsser, FDP, macht auf den Beschluss des Jugendhilfeausschusses aufmerksam und fragt, wann die einzelnen Bauabschnitte ausgeführt würden.

Herr Scheffer, Die Linke, erinnert an Anträge auf barrierefreie Spielplätze und die Auskunft der Verwaltung, dass doch die Spielplätze barrierefrei zugänglich seien. Daher begrüßt er den Beschluss des Jugendhilfeausschusses ausdrücklich.

Herr Dr. Höver, Bürgeramt Innenstadt, weist auf die Stellungnahme der Fachverwaltung zum Beschluss des Jugendhilfeausschusses hin.

Ergänzter Beschluss:

Die Bezirksvertretung Innenstadt beauftragt die Verwaltung, die Umgestaltung des öffentlichen Spielplatzes Buschgasse im Stadtteil Altstadt/Süd mit Gesamtkosten in Höhe von 230.000 Euro durchzuführen.

Weiterhin beschließt die Bezirksvertretung Innenstadt die Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen in Höhe von 230.000 Euro im Teilfinanzplan 0604 (Kinder- und Jugendarbeit), Teilplanzeile 8 (Auszahlungen für Baumaßnahmen), Finanzstelle 5100-0604-0-2002 Spielplätze.

Der Bezirksvertretung Innenstadt stimmt mit der Auflage zu, mindestens ein rollstuhlgerechtes Spielgerät zu installieren ohne dadurch die Umgestaltung zeitlich wesentlich zu verzögern (Ergänzung JHA) und unterstützt den in Anlage 5 dargestellten Vorschlag der Fachverwaltung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**3.3 Radverkehrskonzept Innenstadt
Planungs- und Baubeschluss: Radfahrstreifen Siegburger Straße zwischen Benjaminstraße und Deutzer Freiheit
1071/2021**

Auf die Abstimmung zu den Änderungsanträgen unter TOP 3.3.1 und 3.3.2 wird hingewiesen.

Herr Fischer, Grüne, bittet zu beachten, dass durch die Änderungsanträge keine Verzögerung der von der Verwaltung geplanten Maßnahme entstehen solle.

Ergänzter Beschluss:

Die Bezirksvertretung Innenstadt empfiehlt dem Verkehrsausschuss folgenden Beschluss zu fassen:

Der Verkehrsausschuss nimmt den vorgelegten Planentwurf zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung damit, ihn weiterzuentwickeln und umzusetzen. Auf der Siegburger Straße zwischen Benjaminstr. und Grabengasse werden mit Umsetzung der Maßnahme vier Kurzzeitparkplätze in Ladezonen umgewandelt.

Zum Schutz der Radfahrenden beim Einfädeln auf den in Höhe Benjaminstraße beginnenden Radfahrstreifen ordnet die Verwaltung rechtzeitig vorher, z.B. ab Höhe der Einmündung Tempelstraße, eine zulässige Höchstgeschwindigkeit von 30 km/h an. Diese gilt mindestens bis zur Einmündung der Deutzer Freiheit.

Die Bezirksvertretung Innenstadt begrüßt die Planungen zum Ausbau der Radinfrastruktur auf der Siegburger Straße ausdrücklich und beschließt folgende Ergänzung:

1. Die Verwaltung wirkt mit geeigneten Maßnahmen darauf hin, dass der von Süden kommende Radverkehr Richtung Deutzer Brücke bereits südlich der KVB-Haltestelle die Siegburger Straße queren soll (Höhe Arminiusstraße). Zu Recht wird in der Vorlage darauf hingewiesen, dass nördlich der Haltestelle zu wenig Aufstellfläche vorhanden ist, „weshalb es hier häufig zu Konflikten der Radfahrenden untereinander oder mit zu Fuß Gehenden kommt.“

2. In der Dringlichkeitsbegründung weist die Vorlage darauf hin, dass in der Pandemie „der Stellenwert des Fahrrades für die Bewältigung der Mobilitätsbedürfnisse insbesondere in der Innenstadt nochmal deutlich gewonnen hat.“ Vor diesem Hintergrund ist es nicht nachvollziehbar, die benötigte Einrichtung einer Radschleuse erst in den kommenden Jahren zu planen. Diese soll vielmehr priorisiert und zeitnah umgesetzt werden.

Die von der Bezirksvertretung Innenstadt beschlossenen Ergänzungen sollen nicht zu einer Verzögerung der Maßnahme führen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

3.3.1 ÄA zur Vorlage 1071/2021 - Radfahrstreifen Siegburger Straße, Änderungsantrag Grüne AN/1216/2021

Beschluss:

Der Beschlusstext der o.a. Verwaltungsvorlage wird nach dem ersten Absatz wie folgt ergänzt:

Zum Schutz der Radfahrenden beim Einfädeln auf den in Höhe Benjaminstraße beginnenden Radfahrstreifen ordnet die Verwaltung rechtzeitig vorher, z.B. ab Höhe der Einmündung Tempelstraße, eine zulässige Höchstgeschwindigkeit von 30 km/h

an. Diese gilt mindestens bis zur Einmündung der Deutzer Freiheit.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

3.3.2 Änderungsantrag Siegburger Straße, Änderungsantrag Die Linke AN/1299/2021

Ergänzter Beschluss:

Die Bezirksvertretung Innenstadt begrüßt die Planungen zum Ausbau der Radinfrastruktur auf der Siegburger Straße ausdrücklich und beschließt folgende Ergänzungen:

1. Die Verwaltung wirkt mit geeigneten Maßnahmen darauf hin, dass der von Süden kommende Radverkehr Richtung Deutzer Brücke bereits südlich der KVB-Haltestelle die Siegburger Straße queren soll (Höhe Arminiusstraße). Zu Recht wird in der Vorlage darauf hingewiesen, dass nördlich der Haltestelle zu wenig Aufstellfläche vorhanden ist, „weshalb es hier häufig zu Konflikten der Radfahrenden untereinander oder mit zu Fuß Gehenden kommt.“
2. In der Dringlichkeitsbegründung weist die Vorlage darauf hin, dass in der Pandemie „der Stellenwert des Fahrrades für die Bewältigung der Mobilitätsbedürfnisse insbesondere in der Innenstadt nochmal deutlich an Bedeutung gewonnen hat.“ Vor diesem Hintergrund ist es nicht nachvollziehbar, die benötigte Einrichtung einer Radschleuse erst in den kommenden Jahren zu planen. Diese soll vielmehr priorisiert und zeitnah umgesetzt werden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

3.4 Radverkehrskonzept Innenstadt Neuordnung der Verkehre am Zülpicher Platz einschließlich Sperrung für den Kfz-Verkehr 1068/2021

Beschluss

Die Bezirksvertretung Innenstadt empfiehlt dem Verkehrsausschuss folgenden Beschluss zu fassen:

Der Verkehrsausschuss beauftragt die Verwaltung,

1. die Neuordnung der Verkehre am Zülpicher Platz gemäß vorgelegter Planung umzusetzen, einschließlich Sperrung der Zufahrt für den Kfz-Verkehr. Ausgenommen sind Lieferverkehre werktags zwischen 6 und 11 Uhr und Anwohner mit Garage in dem Abschnitt. Die Kurzzeitparkplätze entfallen zugunsten von Fahrradabstellanlagen im Zuge eines vorgezogenen Umsetzungsschrittes.

2. Im Zuge der Sperrung des Zülpicher Platzes den nicht mehr benötigten Kfz-Rechtsabbiegefahrstreifen vom Hohenstaufering in Richtung Zülpicher Platz/Zülpicher Straße in einen Radfahrstreifen umzuwandeln.
3. Den nicht mehr benötigten baulichen Radweg auf der Westseite des Hohenstauferings zurückzubauen und die Flächen nach den Vorgaben des Gestaltungshandbuchs in einen Gehweg umzuwandeln.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**3.5 Radverkehrskonzept Innenstadt - Kölner Ringe - Abschnitt Hohenzollernring, Kaiser-Wilhelm-Ring, Hansaring
1571/2021**

Auf die Abstimmungen zu den Änderungsanträgen unter TOP 3.5.1 und 3.5.2 wird hingewiesen.

Frau Kosubek, Grüne, bittet im Änderungsantrag TOP 3.5.1 zu ergänzen, dass die Pop-Up- Bike-Lane bereits 20 m vor der Kreuzung eingerichtet wird.

Ergänzter Beschluss:

Die Bezirksvertretung Innenstadt empfiehlt dem Verkehrsausschuss folgenden Beschluss zu fassen:

In Ergänzung der bisherigen Beschlüsse zum Radverkehrskonzept Innenstadt und den Kölner Ringen, insbesondere Vorlage-Nr. 1202/2019, beauftragt der Verkehrsausschuss die Verwaltung:

1. mit der Umsetzung der fahrrad- und fußgängerfreundlichen Umgestaltung der Kölner Ringe im Abschnitt Hohenzollernring, Kaiser-Wilhelm-Ring, Hansaring gemäß der vorliegenden Planung. Die Maßnahme mit Gesamtkosten in Höhe von 1.138.000,00 € wird vollständig aus dem konsumtiven Haushalt finanziert.
2. Die Ertragsverluste in Höhe von rd. 230.000 € pro Jahr durch den vollständigen Wegfall der Kurzzeitparkplätze in den genannten Abschnitten bei der Haushaltsplananmeldung 2022 ff. zu berücksichtigen.
- 3a. Die Ausgestaltung der südlichen Knotenpunktzufahrt im Kreuzungsbereich Kaiser-Wilhelm-Ring/Gladbacher Straße/Christophstraße gemäß Variante 1 mit durchgehendem Radfahrstreifen auszubilden.

Die Bezirksvertretung fordert die Verwaltung auf, entgegen der Lösung im Mischverkehr, wie im Plan der Anlage 4.3 der Vorlage 1571/2021 dargestellt, einen Verkehrsversuch in Form einer Pop-Up-Bike-Lane zwischen 20 m vor der Kreuzung Kämpchenshof und Erftstraße auf dem Hansaring einzurichten. Dieser Versuch ist auf 12 Monate befristet, kann aber verlängert werden und soll angemessen begleitet und ausgewertet werden.

Rechtzeitig vor Ablauf des Zeitraums stellt die Verwaltung einen Bericht der Bezirksvertretung zu den Ergebnissen zur Verfügung.

Sollten durch die Gestaltung dieser ca. 65 Meter langen Pop-Up-Bike-Lane einige der max. 12 Parkbuchten nicht nutzbar sein, soll in gleicher Zahl der weg-

fallenden Parkmöglichkeiten Bewohner:innen in diesem Abschnitt ein attraktives Angebot für das Parken in einer der umliegenden Parkgaragen unterbreitet werden.

Die Bezirksvertretung wünscht, dass aufgrund der positiven Erfahrungen, die im Rahmen der baustellenbedingten Verkehrsführung an der Kreuzung Sachsenring/Ulrichgasse (Baustelle Ulrichpforte/Rote Funken) gerade aufgrund der wesentlich geringeren Zahl der abbiegende KFZ im Vergleich zur Ulrichpforte in der Variante 1 umgestaltet wird.

Es ist dort weiterhin ein Rechtsabbiegen bei Rot für Radfahrende (Verkehrszeichen 721 zu ermöglichen, da von einem Radstreifen in einen weiteren Radstreifen abgelenkt wird.

Die Verwaltung wird aufgefordert das Abbiegeverhalten nach Umgestaltung auf die Fragestellung hin zu untersuchen, ob die Möglichkeit des Rechtsabiegens für den MIV nicht verzichtbar ist.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

3.5.1 Verkehrsversuch Pop-Up-Bike-Lane zwischen Kreuzung Kämpchenshof und Erftstraße, gem. Änderungsantrag Grüne, Die Linke, Klimafreunde und Die Partei AN/1184/2021

Beschluss:

Die Bezirksvertretung fordert die Verwaltung auf, entgegen der Lösung im Mischverkehr, wie im Plan der Anlage 4.3 der Vorlage 1571/2021 dargestellt, einen Verkehrsversuch in Form einer Pop-Up-Bike-Lane zwischen **20 m vor** der Kreuzung Kämpchenshof und Erftstraße auf dem Hansaring einzurichten. Dieser Versuch ist auf 12 Monate befristet, kann aber verlängert werden und soll angemessen begleitet und ausgewertet werden.

Rechtzeitig vor Ablauf des Zeitraums stellt die Verwaltung einen Bericht der Bezirksvertretung zu den Ergebnissen zur Verfügung.

Sollten durch die Gestaltung dieser ca. 65 Meter langen Pop-Up-Bike-Lane einige der max. 12 Parkbuchten nicht nutzbar sein, soll in gleicher Zahl der wegfallenden Parkmöglichkeiten Bewohner:innen in diesem Abschnitt ein attraktives Angebot für das Parken in einer der umliegenden Parkgaragen unterbreitet werden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

3.5.2 ÄA zu 3.5 Gestaltung der Rechtsabiegemöglichkeit an der Kreuzung Kaiser-Wilhelm-Anlage/Christophstraße, gem. Änderungsantrag Grüne, Die Linke, Klimafreunde und Die Partei AN/1185/2021

Beschluss:

Die Bezirksvertretung wünscht, dass aufgrund der positiven Erfahrungen, die im Rahmen der baustellenbedingten Verkehrsführung an der Kreuzung Sachsenring/Ulrichgasse (Baustelle Ulrichpforte/Rote Funken) gerade aufgrund der wesentlich geringeren Zahl der abbiegende KFZ im Vergleich zur Ulrichpforte in der Variante 1 umgestaltet wird.

Es ist dort weiterhin ein Rechtsabbiegen bei Rot für Radfahrende (Verkehrszeichen 721) zu ermöglichen, da von einem Radstreifen in einen weiteren Radstreifen abgelenkt wird.

Die Verwaltung wird aufgefordert das Abbiegeverhalten nach Umgestaltung auf die Fragestellung hin zu untersuchen, ob die Möglichkeit des Rechtsabiegens für den MIV nicht verzichtbar ist.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

3.6 Baumneupflanzungen in der Veledastraße und der Vondelstraße 1545/2021

Frau Kosubek, Grüne, ist irritiert über den alternativen Beschlussvorschlag, da die Pflanzung der Bäume bereits 2009 in der Bezirksvertretung Innenstadt beschlossen worden sei.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Innenstadt nimmt die Planung zur Baumneupflanzung in der Veledastraße und der Vondelstraße zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung mit der Ausführung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

3.7 Fläche für Urban Gardening Projekt „Sachsenring“ 1742/2021

Herr Leitner, CDU, befürwortet das Urban Gardening und betont, dass die Verkehrssicherungspflicht bei diesem Projekt am Sachsenring besonders gewährleistet sein müsse, da es eine ausgesprochen belebte KVB-Strecke sei.

Frau Kosubek, Grüne, berichtet, dass seitlich zur Straßenbahnlinie Gitter vorhanden seien und schlägt einen Ortstermin nach der Sommerpause vor, um abzuklären, ob Verbesserungen notwendig seien.

Herr Cremer, SPD, unterstützt das Projekt grundsätzlich, merkt aber an, dass es ein Stück weit die Privatisierung von öffentlichem Grund sei. Er appelliert an die Mitglieder der Bezirksvertretung mit weiteren Forderungen der jeweiligen Initiativen sehr sensibel umzugehen.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Innenstadt **beschließt** einen Teilbereich des Sachsenrings für das Urban Gardening Projekt „wachsenring“ zur Verfügung zu stellen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

3.8 Sädtebauliches Planungskonzept Hochpunkt Siegburger Straße in Köln-Deutz, Anhörung der Bezirksvertretung Innenstadt zu den Ergebnissen der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung hier: Beschluss über die Vorgaben zur Ausarbeitung des Bebauungsplan-Entwurfes 1679/2021

Herr Müller, Die Linke, betont, dass der Hochpunkt Siegburger Straße ein weiterer überflüssiger 60 Meter hoher Betonklotz sei, der in der Zusammenschau mit dem Deutzer Hafen klimaschädlich sei, was die Verwaltungsvorlage bestätige. Er appelliert an alle, die für den Klimaschutz eintreten, die Verwaltungsvorlage abzulehnen.

Herr Cremer, SPD, möchte nach einem Beschluss der Bezirksvertretung Porz über die Beschlussvorlage entscheiden, da auch der Stadtteil Porz von dem Vorhaben ganz besonders betroffen sei.

Frau Zlonicky, Stadtplanungsamt, führt aus, dass auch wenn die zusätzliche Verkehrsfläche nur 6.200 qm betrage, es kein einfaches Vorhaben sei. Sie weist darauf hin, dass mit dem Vorhabenträger vereinbart wurde, dass die Gutachten bereits angefangen wurden und teils schon vorliegen, sodass der Vorgabenbeschluss umfangreicher als sonst üblich sei. Die ersten Ergebnisse der Gutachten vermitteln, dass die Situation verträglich abgewickelt werden könne. Wegen der vorbereitenden Maßnahmen für das Bauvorhaben Deutzer Hafen entfallen zunächst Nutzungen, die ein tägliches Verkehrsaufkommen von ca. 6.200 Kfz/Tag erzeugen. Für die Planungen im Deutzer Hafen müssten im weiteren Umfeld Entlastungsmaßnahmen geplant werden. Eine Informationsveranstaltung Mitte/Ende August zum Thema Verkehr im Deutzer Hafen, sei für die Bezirksvertretung Innenstadt zusammen mit der Bezirksvertretung Porz geplant, hier stehe die Zustimmung vom Landesbetrieb Straßen für die Maßnahmen noch aus.

Herr Fischer, Grüne, erklärt, dass das außergewöhnliche Projekt eine durchaus kritische Begleitung erfordere. Viele der geäußerten Einwände seien von der Verwaltung aufgegriffen worden und würden in Gutachten untersucht. Mit dem Beschluss werde die Verwaltung beauftragt, einen vorhabenbezogenen Bebauungsplan zu erarbeiten, es stehe heute keine endgültige Entscheidung an. Er sehe zum jetzigen Zeitpunkt keine Veranlassung das Verfahren anzuhalten. Die weitere Planung werde man kritisch anschauen, insbesondere die neuralgischen Punkte.

Herr Hupke, Bezirksbürgermeister, spricht sich für einen heutigen Beschluss der Bezirksvertretung Innenstadt, unabhängig von einem Beschluss der Bezirksvertretung Porz, aus. Das Gebäude sei architektonisch gewollt und solle das Tor nach Porz/Poll bilden.

Frau Dr. Börschel, SPD, führt aus, dass auf der einen Seite die städtebauliche Situation und auf der anderen Seite die Verkehrssituation zu beachten sei. Die Vorlage eines Verkehrskonzeptes sei schon lange beschlossen worden. Die Frage der Infrastruktur sei in die Planungen mit einzubeziehen.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Innenstadt empfiehlt dem Stadtentwicklungsausschuss folgenden Beschluss zu fassen:

Der Stadtentwicklungsausschuss beauftragt die Verwaltung, den Vorhabenträger aufzufordern, auf der Grundlage des städtebaulichen Planungskonzeptes gemäß Anlage 3 einen Bebauungsplan-Entwurf (vorhabenbezogener Bebauungsplan) auszuarbeiten. Die Ergebnisse der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 3 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) sind dabei gemäß der Stellungnahme der Verwaltung (Anlage 2.1) zu berücksichtigen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen von Die Linke, Klimafreunde und Die Partei **bei Enthaltung der SPD zugestimmt.**

**3.9 Satzung über eine Verlängerung der Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Altstadt / Nord
Arbeitstitel: "Westlich unter Goldschmied (Laurenz Carré)"
1348/2021**

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Innenstadt empfiehlt dem Rat folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat beschließt die Satzung über eine Verlängerung der Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln- Altstadt / Nord –Arbeitstitel: "Westlich unter Goldschmied (Laurenz Carré)"– für das Gebiet zwischen den Straßen Am Hof, Unter Goldschmied, Große Budengasse, der östlichen Grenze des Flurstücks 1200, der nördlichen und östlichen Grenze des Flurstücks 1271, der südlichen Grenzen der Flurstücke 1151 und 1037, Unter Goldschmied, Laurenzplatz, Salomonsgasse, Marspfortengasse und Sporergasse in der zu diesem Beschluss als Anlage beigefügten, paraphierten Fassung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**3.10 Neueinteilung und Umbenennung der Stadtteile in der linksrheinischen Innenstadt
Beauftragung der Verwaltung zur Erstellung eines Vorschlags und einer entsprechenden Ratsvorlage durch Ratsbeschluss vom 12.12.2019
1094/2021**

Beschluss:

Auf Antrag der CDU zurückgestellt.

**3.11 Entwurf der Fortschreibung des Straßenreinigungsverzeichnisses zur Straßenreinigungssatzung hier: Ausübung des Anhörungsrechtes gemäß § 19 (4) der Hauptsatzung
1786/2021**

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Innenstadt empfiehlt dem Betriebsausschuss des Abfallwirtschaftsbetriebes der Stadt Köln und dem Rat, die Änderung des Straßenverzeichnis zur Straßenreinigungssatzung entsprechend dem Vorschlag der Verwaltung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**3.12 Einbau eines Leckage-Schutzsystems und Trennung von Lösch- und Trinkwasser im Bürgerhaus Stollwerck
1697/2021**

Beschluss:

Die Bezirksvertretung 1 (Innenstadt) beschließt den Einbau eines Leckage-Schutzsystems und die Trennung des Löschwassers vom Trinkwasser im Bürgerhaus Stollwerck.

Die Gesamtkosten der Maßnahme belaufen sich auf 141.557,88 € (inkl. MwSt.).

Die Verwaltung wird ermächtigt, die städtische Gebäudewirtschaft mit der Projektsteuerung für die Durchführung der Maßnahme zu beauftragen.

Die aus dem städtischen Haushalt zu finanzierenden Aufwendungen werden im Haushaltsjahr 2021 ergebniswirksam und wurden im Haushaltsplan 2020/2021 im Teilergebnisplan 0507, Betrieb, Unterhaltung und Förderung von Bürgerhäusern und -zentren, in der Teilplanzeile 13, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, berücksichtigt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**3.13 Stadtbahnanbindung Mülheimer Süden - Bedarfsfeststellungsbeschluss mit gleichzeitiger Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen bei der Finanzstelle 6601-1201-901109, Straßen- u. Stadtbahnbau Mülheimer Süden
1218/2021**

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Innenstadt empfiehlt dem Rat folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der Rat der Stadt Köln stellt den Bedarf für die Vergabe von externen Ingenieurleistungen für die Leistungsphasen 3 bis 9 gemäß Honorarordnung für Architekten und Ingenieure (HOAI) sowie für die erforderlichen Gutachter- und Dienstleistungen zur Realisierung der Stadtbahnanbindung Mülheimer Süden in Höhe von 2.422.000 € fest. Mit dem Bau der Stadtbahnanbindung wird der gesamte Straßenraum überplant.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die hierfür erforderlichen Leistungen stufenweise an externe Fachbüros zu beauftragen.

3. Der Rat beschließt die Freigabe einer investiven Auszahlungsermächtigung für das Haushaltsjahr 2021 in Höhe von 575.000 € für die Vergabe der Ingenieurleistungen im Teilfinanzplan 1201, Straßen, Wege, Plätze bei der Finanzstelle 6601-1201-9-1109, Straßen- u. Stadtbahnbau Mülheimer Süden, Teilplanzeile 8, Auszahlungen für Baumaßnahmen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

3.14 Neue Verkehrsführung im Apostelnquartier 1826/2021

Frau Utku, Grüne, dankt der Fachverwaltung für die Beschlussvorlage und ihr Engagement. Aufgrund der aktuellen Lage mit der Öffnung der Läden, würden sich auf den Bürgersteigen Schlangen bilden, sodass Zufußgehende auf die Straße ausweichen müssten. Daher bittet sie die Phase 1 so zeitnah wie möglich umzusetzen und zumindest die Ehrenstraße für den Autoverkehr zu sperren.

Herr Dörkes, Amt für Straßen und Verkehrsentwicklung, führt aus, dass es schon in 2020 aus Pandemiegründen bereits eine Sperrung auf der Ehrenstraße gab. Dies sei als coronabedingte Maßnahme verfügt worden. Er schlägt vor, nun auch so zu verfahren, da man mit der ersten Stufe der Änderung der Verkehrsführung nicht so schnell sein werde. Er schlägt daher eine Abstimmung mit dem Amt für öffentliche Ordnung vor.

Auf Nachfrage von Herrn Uerlich, CDU, erläutert Herr Dörkes, dass die Bürgerbeteiligung nun abgeschlossen sei. Zur Beschlussfassung liege die Verkehrsführung vor, darauf aufbauend die straßenplanerische Maßnahme. Die eingegangenen Anregungen werden dabei aufgenommen.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Innenstadt nimmt die von der Verwaltung dargestellte Alternative für eine neue Verkehrsführung im Apostelnquartier im Bereich Breite Straße/Ehrenstraße gemäß dem Plan in Anlage 3 zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung:

1. Mit der Planung und vorgezogenen Umsetzung von autofreien Bereichen auf der Ehrenstraße und Breite Straße – zunächst im Rahmen eines Pilotversuchs ohne Umbau – als Fußgängerzone mit Zusatzschild „Radfahrer frei“ sowie begleitender Maßnahmen gemäß dem Plan in Anlage 2.
2. Mit der Planung der Umgestaltung der Ehrenstraße auf Grundlage des Verkehrskonzepts in Anlage 3 als Auftrag für die städtebauliche Aufwertung des Apostelnquartiers.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

3.15 Neue Verkehrsführung im Bereich der Severinstraße 1825/2021

Frau Kosubek, Grüne, dankt der Fachverwaltung für diese ausführliche Beschlussvorlage und lobt, dass der Raum für Zufußgehende im Vordergrund stehe. Sie erinnert an den beschlossenen Runden Tisch mit den Interessengemeinschaften, der aber keine Öffentlichkeitsbeteiligung ersetzen solle.

Herr Leitner, CDU, merkt kritisch an, dass Öffentlichkeitsbeteiligung vor dem Beschluss der Bezirksvertretung stehen müsse. Dies sei ein Gesetz des Pluralismus, man wolle keinesfalls die Beschlussvorlage verzögern. Die CDU-Fraktion stimme der Beschlussvorlage zu, moniere aber, dass die Öffentlichkeitsbeteiligung und der Runde Tisch mit den Interessengemeinschaften nicht vor einer Abstimmung stattgefunden hätten.

Herr Cremer, SPD, lobt ebenfalls die Beschlussvorlage, schließt sich jedoch den Ausführungen der CDU an, dass die Öffentlichkeitsbeteiligung und der Runde Tisch vor einer Abstimmung hätten liegen müssen.

Herr Dörkes, Amt für Straßen und Verkehrsentwicklung, erklärt, dass die Intention der Fachverwaltung gewesen sei, den Beschluss der Bezirksvertretung mit Leben zu füllen und der Bezirksvertretung zu präsentieren, wie man relativ kurzfristig in der Severinstraße einen autofreien Bereich einrichten könne. Die jetzt vorgestellten Ideen sollen auch öffentlich diskutiert, die Anregungen aufgenommen werden, um dann eine abschließende Beschlussvorlage zur Entscheidung vorzulegen. Die Beschlussvorlage habe man mit Dringlichkeitsbegründung vorgelegt, damit die Zeit der Sommerpause für die Vorbereitung der weiteren Schritte genutzt werden könne.

Frau Kosubek, Grüne, stimmt zu, dass dieser Beschluss der Start ins Verfahren darstellen solle und betont, dass der Runde Tisch mit den Interessenvertretern noch stattfinden solle. Sie begrüßt ausdrücklich die konstruktive zeitnahe Zusammenarbeit der Fachverwaltung mit der Bezirksvertretung.

Frau Flöge-Becker, Seniorenvertretung, begrüßt die Beschlussvorlage und hofft auf eine schnelle Umsetzung der Maßnahmen.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Innenstadt nimmt das von der Verwaltung skizzierte Maßnahmenpaket im Bereich der Severinstraße und des Kartäuserwalls zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, diese Ideen im Rahmen einer Öffentlichkeitsveranstaltung vorzustellen und mit den Bürger*innen zu diskutieren. Die Anregungen aus der Öffentlichkeitsveranstaltung sind zu prüfen und der Bezirksvertretung im Rahmen einer abschließenden Beschlussvorlage zur neuen Verkehrsführung im Bereich Severinstraße vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

3.16 Drogenhilfeangebote am Neumarkt 1154/2021

Herr Vinçon, Grüne, ist erfreut, dass es in Köln nun die zwölf benötigten Konsumplätze an einem sicheren, zentralen Ort gebe. Er hofft auf weitere Vorschläge der Verwaltung am Wiener Platz in Mülheim und in Kalk.

Herr Leitner, CDU, bittet die bestehenden mobilen Drogenkonsumräume weiterhin in Betrieb zu halten. Sie würden dringend am Wiener Platz und an der Kalker Post gebraucht. Dadurch würde dann auch die Situation in der Innenstadt entlastet. Inwiefern die Situation der Methadonsubstitution in der Lungengassen Teil eines Drogenkonzeptes sein sollte, bleibe weiter offen.

Frau Dr. Eichberg, Gesundheitsamt, teilt mit, dass sobald der Drogenkonsumraum im Gesundheitsamt an den Start gehe, die mobilen Drogenkonsumräume ins Rechtsrheinische verlagert würden.

Auf Nachfrage von Herrn Vinçon, Grüne, teilt Herr Lehmann, Gesundheitsamt, mit, dass der Konsum von legalen Drogen (Alkohol und Nikotin) auf dem Hof erlaubt sei, allerdings keine hochprozentigen Alkoholika.

Bezirksbürgermeister, Herr Hupke, weist darauf hin, dass die Bezirksvertretung Innenstadt den Drogenkonsumraum durch einen Antrag in der letzten Wahlperiode initiiert habe.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Innenstadt empfiehlt dem Rat folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der Rat beschließt, auf der Grundlage des Ratsbeschlusses vom 28.09.2017 (2360/2017) den Betrieb des Drogenkonsumraumes am Neumarkt in städtischer Eigenregie unter der Leitung des Gesundheitsamtes.
2. Der Rat beschließt, die dafür benötigten zusätzlichen 1,0 Stellen Sozialarbeiter*in und 3,8 Stellen Gesundheits- und Krankenpfleger*innen und beauftragt die Verwaltung, diese bei der Anmeldung für den Stellenplan 2022ff. zu berücksichtigen. Der entstehende Minderbedarf von 2,74 Stellen für Hilfskräfte (zugunsten von 5 Bundesfreiwilligen) wird entsprechend verrechnet.

Damit der Betrieb des Drogenkonsumraums beginnen kann, werden bis zum Inkrafttreten des Stellenplans 2022 ab dem 01.09.2021 unterjährig leihweise entsprechend bewertete PR-Planstellen aus dem I/7 – zentraler Personalreserveplan zur stellenplantechnischen Verrechnung zur Verfügung gestellt.

3. Für die Gewinnung von 5 Unterstützungskräften des Bundesfreiwilligendienstes werden Sachmittel sowie die für die Einstellung benötigten Stellen im Stellenplan zur Verfügung gestellt.
4. Der Rat beauftragt die Verwaltung, das mobile Angebot am Cäcilienhof bis zur Inbetriebnahme der neuen Räume fortzusetzen.
5. Hinsichtlich der Finanzierung des Stellenmehrbedarfes und der anfallenden Sachaufwendungen ermächtigt der Rat die Verwaltung, die durch Beschluss vom 28.09.2017 zu Vorlage 2360/2017 im Haushaltsplan 2020/2021 veranschlagten Mittel im Teilergebnisplan 0701 – Gesundheitsdienste, Teilplanzeile 15 – Transferaufwendungen bedarfsgerecht haushaltsneutral im Haushalt 2021 umzuschichten:

- in Teilplanzeile 11 – Personalaufwendungen	74.600 €
- in Teilplanzeile 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	130.300 €
- in Teilplanzeile 16 – sonstige ordentliche Aufwendungen	18.200 €

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**3.17 Vergabe von bezirksorientierten Mitteln und Mitteln zur Kulturförderung für den Stadtbezirk Innenstadt, Teil I b
1669/2021**

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Innenstadt beschließt, aus den ihr zur Verfügung stehenden bezirksorientierten Verfügungsmitteln 2021 nach § 36 Gemeindeordnung, den zweckgebundenen Verwaltungsmitteln zur Kulturförderung und für Bürgervereine sowie den aus dem Jahr 2020 übertragenen Restmitteln gemeinnützige Projekte in der Innenstadt zu fördern. Art und Höhe der finanziellen Förderbeträge sowie die Zuschussempfänger ergeben sich aus der in der Anlage beigefügten Tabelle.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

4 Anregungen und Beschwerden nach § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

**4.1 Bürgereingabe nach § 24 GO – „Einrichtung eines Europaplatzes“ Aktenzeichen 34/21B
0711/2021**

Beschluss:

Auf Antrag der CDU zurückgestellt.

**4.2 Bürgereingabe nach § 24 GO "Aufwertung Spielplatz Hafenpark an der Drehbrücke", AZ 58/21 S
1167/2021**

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Innenstadt dankt der Eingabe des Petenten und beauftragt die Verwaltung mit der Prüfung der Umsetzung zur Neugestaltung des Spielplatzes „Hafenpark- An der Drehbrücke“ (Nr. 1 05 03 04) in Köln Deutz.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**4.3 Bürgereingabe gem. § 24 GO, betr.: Fahrradparkplätze im Pantaleonsviertel (Az.: 02-1600-154/20)
1822/2021**

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Innenstadt dankt den Petenten für die Eingabe. Die Verwaltung wird beauftragt, für die aufgeführten Straßen im Pantaleonsviertel eine Standort-

und Bedarfsanalyse zum Fahrradparken zu erstellen. Als Ergebnis sind die konkreten Standorte für zusätzliche Möglichkeiten zum Fahrradparken zu ermitteln und zu realisieren. Das Ergebnis ist der Bezirksvertretung mitzuteilen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

5 Anträge der Fraktionen und Einzelmandatsträger gemäß § 37 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen (Entscheidungs- und Anhörungsrechte)

5.1 Anträge aus früheren Sitzungen

5.2 Anträge zu dieser Sitzung

5.2.1 Severinskirchplatz und An St.Magdalenen, gem. Antrag Grüne und SPD AN/1038/2021

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt folgende Punkte zu erledigen:

Das Hochbeet vor dem Haus An St Magdalenen 1/3 soll bestehen bleiben (Bild 1).

Die Verwaltung wird aufgefordert, den Blumenkübel standsicher zu sanieren und damit die Sicherheit für die Fußgänger*innen wiederherzustellen. Das Grünflächenamt hatte bei der Auswahl des 2015/16 ersetzten Baumes mitgewirkt und ist bereit, den Baum als Standort in das städtische Baumkataster aufzunehmen.

Zur besseren Belieferung des Alnatura Marktes (Severinstraße 37) soll der Parkplatz vor dem Lastenaufzug entfernt und abgepollert werden (Bild2).

Zudem soll geprüft werden, in wieweit das Kopfsteinpflaster auf der Severinstraße vor dem Severinskirchplatz durch barrierefreies Material (verlegtes Kleinpflaster, gesägtes Großpflaster, Klinker, gesägte oder gestockte Granitplatten u.a.) verändert, ergänzt oder ersetzt werden kann.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

5.2.2 Gedenktafel-/Plakette für Michael "Mike" Jovy, Antrag Grüne AN/1105/2021

Beschluss:

Die Verwaltung soll prüfen, wo und wie im Bereich „An der Bottmühle“ eine Gedenkplakette/Gedenktafel für den Widerstandskämpfer Michel „Mike“ Jovy angebracht werden kann. Die Ergebnisse sind der BV Innenstadt vorzustellen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

5.2.3 Fort X Gemeinsamer Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis90/Die Grünen und SPD AN/1128/2021

Herr Nüsser, FDP, führt aus, dass sich ein ehrenamtlich tätiger Verein für den Erhalt des Fort X einsetzen möchte. Laut Änderungsantrag solle die Verwaltung diese Aufgabe übernehmen. Es gebe zahlreiche Beispiele, wo dies nicht funktioniere. Daher lehne er den Änderungsantrag ab.

Frau Dr. Börschel, SPD, erklärt, dass die Beschlussvorlage im nichtöffentlichen Teil Dinge enthalte, die man einzeln betrachten müsse. Die Verwaltung habe 2016 einen Ratsauftrag zur Sanierung erhalten. Es müsse aufgezeigt werden, warum dieser nicht umgesetzt worden sei. Zuerst hätte eine Klärung erfolgen müssen, ob das Fort X verpachtet werden soll, danach welche Kriterien es für eine Nutzung gebe und im Anschluss die Kriterien für eine Vergabe. Dies habe die Fachverwaltung in einer Beschlussvorlage zusammengefasst. Es müssten jedoch unter anderem die Interessen der bisherigen Nutzer und die Belange des Veedels beachtet werden. Dies sei eine öffentliche Debatte. Daher sei der Änderungsantrag für den öffentlichen Teil gestellt worden. Die Beratung von Vertragsdetails erfolge selbstverständlich im nichtöffentlichen Teil.

Herr Kiefer, Amt für Liegenschaften, Vermessung und Kataster, führt aus, dass das Fort X vor 200 Jahren als Verteidigungsanlage errichtet worden sei. Es sei nie darauf ausgelegt gewesen, dass sich Menschen dort dauerhaft zum Feiern aufhalten oder Dinge dort gelagert werden könnten, die feuchteempfindlich seien. Nach 200 Jahren sei eine grundlegende Sanierung notwendig. Nach einer ersten Kostenschätzung aus 2018 soll eine Renovierung 4,4 Mio. € für den Rohbau und die Fenster kosten, jedoch ohne Haustechnik oder nutzerspezifische Erfordernisse. Bei denkmalgeschützten Gebäuden müssten Sanierung und Nutzung aufeinander abgestimmt sein, ansonsten seien sie nicht nachhaltig. Normalerweise steigere eine Sanierung den Gebäudewert. Dies sei bei denkmalgeschützten Gebäuden anders. Da diese nur mit einem Erinnerungswert in der Bilanz stünden, steigern sie den Wert des Gebäudes nicht und sind in der Bilanz konsumtiv und nicht investiv. Die Kämmerei habe mitgeteilt, dass die Sanierung weder kurz- noch mittelfristig finanziert werden könne. Darüber hinaus erkläre die Gebäudewirtschaft, dass die personellen Ressourcen für dieses Projekt nicht vorhanden seien. Daraufhin habe die Fachverwaltung alternative Lösungen gesucht. Der aktuelle Nutzungsschwerpunkt sei karnevalistisch. Es gebe gute Beispiele, wo Immobilien an Vereine mit einer langen Historie übergeben wurden, die bewiesen hätten, dass Vereine derartige Immobilien sanieren könnten.

Herr Fischer, Grüne, entgegnet, dass die Kämmerin erklärt habe, dass die Sanierung selbstverständlich erfolgen könne, dies sei eine politische Entscheidung. Von der Technischen Betriebsleiterin der Gebäudewirtschaft habe er die Auskunft erhalten, dass die Gebäudewirtschaft selbstverständlich ein solches Projekt umsetzen könne. Es treffe ebenfalls nicht zu, dass dadurch Schulbauprojekte verzögert würden, da die Bearbeitung von einer anderen Abteilung erfolge. Ein großes Problem sei, dass die Politik jahrelang nicht informiert worden sei und jetzt vor vollendete Tatsachen gesetzt werden solle. Dies könne nicht akzeptiert werden.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Sanierung des Fort X entsprechend dem Ratsbeschluss vom 28.06.2016 (0982/2016) umzusetzen. Die daraus folgenden Planungsbeschlüsse sind den politischen Gremien zeitnah vorzulegen, um die Substanz des Bauwerks nicht weiter zu gefährden.

Die Verwaltung wird ferner beauftragt, ein Konzept für Nutzung des Forts X nach erfolgter Sanierung unter Berücksichtigung der derzeitigen Mieter, etwaiger weiterer interessierter Nutzer*innen, der Anwohner*innenbelange und der öffentlichen Zugänglichkeit vorzulegen. Bestandteil dieses Konzepts sollen auch Vorschläge für mögliche Trägermodelle für das Fort X sein.

Die Verwaltungsvorlage 0376/2021 wird abgelehnt. Der Liegenschaftsausschuss und der Rat werden über diesen Beschluss der Bezirksvertretung Innenstadt im Zusammenhang mit der Beschlussvorlage 0376/2021 informiert.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen von CDU und FDP **zugestimmt**.

5.2.4 Neuordnung der Verkehre im Bereich Deutz-Mülheimer Str./Justinianstr./Opladener Str., Antrag Grüne AN/1129/2021

Beschluss:

Auf Antrag der SPD zurückgestellt (OT).

5.2.5 Maßnahmen zur Verstetigung der Soziale Erhaltungssatzung im Severinsviertel, gem. Antrag Grüne, SPD und Die Linke AN/1106/2021

Herr Scheffer, Die Linke, führt aus, dass man auf die Soziale Erhaltungssatzung seit dem 10.02.2014 gewartet habe. Um die Wirksamkeit zu entfalten brauche es gesellschaftliche, politische und verwaltungsseitige Unterstützung. Das Team der Fachverwaltung müsse bestärkt werden, Befugnisse und Handlungsmöglichkeiten erhalten. Erhaltungssatzungen sollen ein erfolgreiches ausbaufähiges stadtentwicklungspolitisches Instrument sein.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Innenstadt beschließt zur Ausgestaltung und Verstetigung der seit Januar 2020 geltenden Erhaltungssatzung im Severinsviertel,

1. dass, über die im Internetportal der Stadt Köln zur Verfügung stehenden Informationen hinaus, den Bewohner:innen des Severinsviertels die Satzung breiter bekannt gemacht wird. Insbesondere die sich aus diesem Antrag ergebenden Angebote sollen Teil dieser Information sein. Dies soll durch
 1. eine Postwurfsendung an alle Haushalte im Satzungsgebiet und
 2. durch eine Kommunikation in leichter Sprache sichergestellt werden.

2. Es ist darüber hinaus ein niederschwelliges, kostenfreies Angebot im Severinsviertel zu schaffen, das Mieter:innen und Eigentümer:innen die Möglichkeit gibt, sich zu den Regularien und Wirkung der Satzung auf Sanierung, Verkauf und Mietangelegenheiten im persönlichen Gespräch zu informieren.
 1. Falls eine solche Beratung nicht oder nicht umfassend durch Mitarbeiter:innen der Verwaltung geleistet werden kann, soll dafür eine Kooperation mit dem Mieterverein Köln e. V. eingegangen werden.
 2. Das Angebot wird kurzfristig in Abhängigkeit der pandemischen Lage eingerichtet und kann befristet werden. Es soll im Wochenturnus stattfinden. Das Bürgerhaus Stollwerck scheint dafür ein zentraler wie barrierefreier Ort.
 3. In Ergänzung zu diesem Angebot soll der Initiative »Severinsviertel erhalten« dieser Raum für weitergehende Veranstaltungen und Informationsangebote 3 Stunden alle 14 Tage kostenfrei zur Verfügung gestellt werden.
 4. Die Verwaltung möge prüfen, die Beratung und deren Ergebnisse von einer Hochschule, z.B. durch den Fachbereich Sozialarbeit der TH Köln, wissenschaftlich begleiten und untersuchen zu lassen. Ein erster Bericht ist rechtzeitig der Bezirksvertretung vorzulegen und zu präsentieren, um eine Verlängerung oder Optimierung des Angebots beschließen zu können.
3. Die Bezirksvertretung möchte von der Verwaltung ein Verfahren zum Vorkaufsrecht nach §§ 24 ff. BauGB dargelegt bekommen, das sicherstellt, dass
 1. die von einem Immobilienverkauf betroffenen Mieter:innen und geeignete Wohnungsbaugesellschaften, rechtzeitig und mit umfassenden Informationen versehen, eingebunden werden,
 2. die Kriterien und Abhängigkeiten bekannt werden, unter denen bei überhöhten Verkaufspreisen es zu einem Vorkaufsrecht zu dem (niedrigeren) Verkehrswert kommen kann.
4. Die Bezirksvertretung möchte im Rahmen einer von der Bezirksvertretung Innenstadt durchgeführten, öffentlichen Veranstaltung einmal jährlich dargelegt bekommen,
 1. wie die im Rahmen der Erhaltungssatzung gestellten Anträge in Zahl, Inhalt und Bewertung bzw. Bescheidung einzuordnen sind. Dies möglichst im Vergleich zu Kennzahlen anderer Kommunen (München, Münster etc.),
 2. Dabei sind anhand exemplarischer und anonymisierter Anträge die Bescheidung und die angelegten Kriterien zu verdeutlichen.

3. Analog ist die Prüfung des städtischen Vorkaufsrechts darzustellen.
 4. Die Zahl der Umwandlungen von Miet- in Eigentumswohnungen ist ebenfalls aufzuführen.
 5. Die Verwaltung gibt eine Bewertung des Verfahrens sowie eine Orientierung über mögliche Optionen zur Nachsteuerung und Schärfung ab.
 6. Die Bezirksvertretung und die anwesende Öffentlichkeit haben die Möglichkeit, Fragen zu stellen.
 7. Der Bericht der Verwaltung und das Protokoll der Informationsveranstaltung werden im Ratsinformationssystem hinterlegt.
 8. Für die Auftaktveranstaltung ist ein Termin möglichst bald nach der Sommerpause 2021 anzustreben.
5. Die Antragsteller:innen möchten von der Verwaltung Möglichkeiten aufgezeigt bekommen, wie das Verfahren zur Ausweisung weiterer Erhaltungssatzungen vereinfacht und beschleunigt werden kann.
1. Dies mit dem Ziel, dass für das Agnesviertel I und II, Deutz I und V, Eigelstein, Georgs-, Gereonsviertel (ohne Gerling-Quartier), sowie das Griechenmarkt-, Pantaleons- und Rathenauviertel noch in dieser Wahlperiode Erhaltungssatzungen beschlossen werden.
 2. Die aktuelle und sich verschärfende Situation am Kölner Wohnungsmarkt verlangt nach einem besonderen Schutz der Mieter:innen, daher wünscht die Bezirksvertretung bis Ende 2021 über das Ergebnis dieser Prüfung informiert zu werden.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimme der FDP **zugestimmt.**

5.2.6 Neuordnung der Verkehrsführung an der LVR-Baustelle Ottoplatz, Antrag Grüne AN/1130/2021

Herr Musto, CDU, erklärt, dass es unerfreulich sei, dass die Baustelle gerade die Fußgänger und Radfahrer betreffe. Die Straße weise in diesem Abschnitt eine Belastung von 39.390 Kfz/Tag aus. Eine Fahrstreifenverengung an dieser Stelle würde einen erheblichen Rückstau Richtung Deutzer Brücke und Deutzer Freiheit bewirken. Zudem sei der Straßenabschnitt Teil der Vorrangroute für den Schwerlastverkehr. Man sehe bei einer Fahrstreifenfreigabe für den Radverkehr eine erhöhte Unfallgefahr. Die Opladener Straße gehöre zum mobilitätsrelevanten Verkehrsnetz der Stadt Köln, wenn die Baustelle in den Verkehrsfluss eingreife, habe dies Auswirkungen auf den Baustellenkalender. Demgegenüber stehe ein Umweg für Zufußgehende von nur zwei mal 15 Metern.

Herr Fischer, Grüne, weist darauf hin, dass die Verkehrszahlen Durchschnittswerte seien, die sich reduzieren, da das Haus des LVR derzeit nicht in Betrieb sei. Zudem sehe man die Verkehrssituation durch die Auswirkungen der Coronapandemie etwas entspannter. Der kurze Umweg führe aber über mindestens fünf Fußgängerampeln, was für Fußgänger eine Verzögerung von acht bis zehn Minuten bedeute. Die Strecke sei vom Fuß- und Radverkehr sehr gut genutzt, daher halte man eine Sperrung über eine so lange Zeit für nicht vertretbar.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Verkehrsführung an der Baustelle des Landschaftsverbands Rheinland auf der Opladener Straße, gegenüber dem Deutzer Bahnhof (siehe Foto), so neu zu ordnen, dass der Fuß- und Radverkehr die Baustelle passieren kann, ohne die Straßenseite wechseln zu müssen.

Gegebenenfalls ist zu diesem Zweck die rechte Fahrspur des MIV im Bereich der Baustelle einzuziehen und dem Rad- und Fußverkehr zur Verfügung zu stellen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen von CDU und FDP **zugestimmt**.

5.2.7 Superblöcke für Köln - für Aufenthaltsqualität und die Verkehrswende im Veedel, gem. Antrag Grüne, Die Linke, Klimafreunde und Die Partei AN/1138/2021

Zurückgestellt auf Antrag der SPD.

5.2.8 Außengastronomie 2021/2022, gem. Antrag Grüne, CDU, SPD, Die Linke, FDP, Klimafreunde, Die Partei AN/1260/2021

Frau Kosubek, Grüne, weist darauf hin, dass es für die Gastronomie wichtig sei, bereits jetzt auch für 2022 Planungssicherheit zu haben und dankt allen Fraktionen und Einzelvertretenden, dass sie den Antrag unterstützen.

Herr Cremer, SPD, führt aus, dass die Gehwegflächen, die jetzt wieder von der Außengastronomie genutzt werden, an vielen Stellen, wie zum Beispiel am Chlodwigplatz in den letzten Monaten durch Radfahrer und Scooterfahrer genutzt worden seien. Hier müsse man eine Lösung finden. Eventuell könnte die Fachverwaltung den betroffenen Gastronomen empfehlen, Kundenstopper aufzustellen, die den Hinweis geben, dass dort kein Radverkehr erlaubt sei.

Auf Nachfrage von Herrn Uerlich, CDU, antwortet Herr Ströbelt, Amt für öffentliche Ordnung, dass der Antrag der Bezirksvertretung Innenstadt mit einer Stellungnahme der Fachverwaltung in den Rat gehe. Zum Entfallen der Sondernutzungsgebühren müsse eine Abstimmung mit der Kämmerei erfolgen. Wenn der Beschluss des Rates dann erfolge, könne man sich - wie bisher - das vereinfachte Verfahren vorstellen, indem die Gastronomen mit dem Antrag vorsprechen und einen Stempel mit der Genehmigung auch für 2022 erhalten.

Frau Schiweck-Nitsche, Amt für öffentliche Ordnung – Gastrokümmern, stellt sich vor und erläutert die Funktion der Abteilung, die in schwierigen Fällen als Ansprechpartnerin der Verwaltung für die Gastronomie diene und sich auch beispielsweise um

baurechtliche Stellungnahmen kümmern, um so Wege zu verkürzen und Genehmigungsverfahren zu verschlanken. Hierzu stehe sie in gutem Austausch mit den Verbänden der Gastronomie.

Bezirksbürgermeister, Herr Hupke, bittet im Rheingarten zu prüfen, ob die Außengastronomie dort eventuell extensiv ausgenutzt werde.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Innenstadt bittet den Rat wie folgt zu beschließen:

Die Saison für die Außengastronomie in der Innenstadt wird über den 31. Dezember 2021 hin - aus bis zum 31.12.2022 verlängert. Alle genehmigten Außengastronomien bleiben bestehen. Neuanträge sind weiterhin möglich. Gebühren für Sondernutzungen fallen weiterhin nicht an.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

5.2.9 DA zur Mitteilung 2144/2021 - Treppenturm/Sanierung Drehbrücke, Antrag Grüne AN/1345/2021

Frau Rode, Amt für Brücken, Tunnel und Stadtbahnbau weist auf die vorliegende Mitteilung unter TOP 9.14 hin und erläutert die Gründe der Kostensteigerung. Zum einen war die Befreiung durch den Naturschutzbeirat mit Auflagen zur Baustellenlogistik (ca. 140.000 €) verbunden und zum anderen ergaben sich durch das Bodengutachten höhere Gründungskosten (ca. 80.000 €), da der Standort Richtung Rhein angepasst werden musste, weil ansonsten die Grundbruchgefahr des Leitdeichs zur Landseite bestehe. Für dieses Provisorium seien die Kosten zu hoch. Darüber hinaus habe sich auch die pandemische Lage verbessert, sodass der Krisenstab beschlossen habe, dass die Entzerrung der Fußgängerströme hier nicht mehr erforderlich sei.

Herr Fischer, Grüne, betont, dass diese Mitteilung ein herber Schlag gewesen sei. Kosten von insgesamt ca. 600.000 € seien jedoch für den zeitlich befristeten Treppenturm schwer zu rechtfertigen. Daher müsse man eine alternative Lösung ermöglichen, die noch vor Beginn der Sommerpause zu realisieren sei. Er bittet die Verwaltung eindringlich mit Hochdruck an einer Alternative zu arbeiten.

Herr Cremer, SPD, ist über die Entwicklung sehr erstaunt und fragt, warum das nicht früher bekannt gewesen sei. Er bittet in den Änderungsantrag die Barrierefreiheit aufzunehmen.

Frau Rode stellt klar, dass der Treppenturm technisch umsetzbar sei, aber es durch die aufgrund der Auflagen zur Baustellenlogistik und der höheren Gründungskosten nach dem Bodengutachten insgesamt stark gestiegenen Kosten fraglich sei, ob diese Kosten für ein Provisorium bei der derzeitigen Haushaltssituation gerechtfertigt seien. Die KVB prüfe aktuell wie man einen Shuttle-Bus einsetzen könne, Wasserstoffbusse habe die KVB nicht.

Frau Dr. Börschel, SPD, gibt zu bedenken, ob nicht von Beginn an eine barrierefreie und dauerhafte Variante hätte geprüft werden sollen.

Herr Fischer, Grüne, ergänzt auf Vorschlag der SPD-Fraktion den Antrag dahingehend, dass eine barrierefreie und für die Bürger kostenlose Lösung gefunden werden müsse.

Beschluss:

Wie der Mitteilung 2144/2021 zu entnehmen ist, beabsichtigt die Verwaltung, die Planung des Treppenturms von der Severinsbrücke auf den Damm des Deutzer Hafens wegen erheblich gestiegener Kostenschätzungen nicht weiter zu verfolgen.

Dessen ungeachtet betont die Bezirksvertretung Innenstadt die unveränderte Notwendigkeit, den Bürgerinnen und Bürgern aus Deutz und Umgebung während der sanierungsbedingten Sperrung der Drehbrücke einen erleichterten Zugang zu den Poller Wiesen, von Höhe der Drehbrücke ausgehend, zu ermöglichen.

Für den Fall, dass der Treppenturm aus den beschriebenen Gründen nicht realisiert werden kann, wird die Verwaltung beauftragt, unverzüglich alternative Lösungen zu planen und umzusetzen, mit denen das oben beschriebene Ziel **barrierefrei** erreicht werden kann. Dazu könnte die Einrichtung eines **für die Bürger*innen kostenlosen** Pendelbusverkehrs, idealer Weise durch Busse mit Elektro- oder Wasserstoffantrieb, gehören. Zusätzlich denkbar wäre in Ergänzung auch, dass auf der KVB-Linie 7 zwischen den Haltestellen Deutzer Freiheit und Poller Kirchweg die Fahrscheinplicht aufgehoben wird. Auch weitere technische Lösungen können in die Überlegungen mit einbezogen werden. In jedem Fall ist zu gewährleisten, dass die Maßnahmen rechtzeitig vor Beginn der Sommerschulferien voll umfänglich greifen. Über die Ergebnisse der entsprechenden Planungen ist die Bezirksvertretung Innenstadt unverzüglich zu informieren.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

6 Anfragen der Fraktionen und Einzelvertreter

6.1 Anfragen aus früheren Sitzungen

6.1.1 Quartiersgaragen in der nördlichen Innenstadt, Anfrage SPD AN/1701/2018

Herr Kiefer, Amt für Liegenschaften, Vermessung und Kataster, führt aus, dass es bezüglich des Grundstückes an der Turiner Straße hinter Weinhaus Vogel seit Jahren diverse Überlegungen zur möglichen Nutzung dieser Fläche gebe. Es gab die Anfrage, ob dies ein geeigneter Ort für eine Quartiersgarage sei. Dort seien große Bäume und eine reichhaltige Archäologie im Untergrund vorhanden. Außerdem sei dort die Anlieferungszone des angrenzenden Rewe-Marktes, sowie das Weinhaus Vogel habe dort ein Wegerecht. Durch diese wenig erfolgversprechenden Dinge, sei das Grundstück zwar auf der Liste, rücke aber in den Hintergrund. Es stelle sich die Frage, ob nur eine Quartiersgarage geprüft werden soll oder eine Potentialanalyse gemacht werden solle, die auch andere Nutzungen prüfe. Als Bürger könne er sich eventuell eine maßvolle Erweiterung des Wohnheims für Studierende oder eine Außen gastronomie vorstellen.

Herr Leitner, CDU, bittet um eine zeitnahe Information der Bezirksvertretung Innenstadt über die Planungen. Eine außergastronomische Nutzung halte er an dieser Stelle für wenig attraktiv.

Frau Dr. Börschel, SPD, erinnert an den Ratsbeschluss mit dem Auftrag einer Konzeptausschreibung aus 2017. Sie betont die Bedeutung für das Veedel und bittet einen Zeithorizont zu nennen.

Herr Kiefer schlägt vor, dass die Liegenschaftsverwaltung die Federführung übernehme und sich mit den anderen Dienststellen (Stadtplanungsamt, Ordnungsamt) abstimme und den Prozess steuere, wie man mit Beteiligung der Bürger die Potentiale ermitteln könne.

**6.1.2 Kellertheater und Kartäuserwall, Anfrage Linke
AN/1173/2019**

**6.1.3 Zustand der KVB Haltestelle Deutzer Freiheit, Anfrage CDU
AN/0949/2020**

**6.1.4 Kreisverkehr Roonstraße-Lindenstraße-Brüsseler Straße
(AN/1539/2010); Beseitigung von Gefahrensituationen an der Kreuzung
Lindenstraße/Lützowstraße (AN/0117/2016), Antrag SPD
AN/1315/2020**

**6.1.5 Sachstandsanfrage zu zwei Spielplätzen, Anfrage CDU
AN/0484/2021**

Die Beantwortung erfolgt unter TOP 6.1.5.1.

**6.1.5.1 Sachstandsanfrage zu zwei Spielplätzen (AN/0484/2021) Spielplatz "Per-
lengraben" (1 01 04 01) und "Von den Siebenburgen" (1 01 04 03)
1174/2021**

**6.1.6 Baulücke Richard-Wagner-Straße, Anfrage Die Linke
AN/0486/2021**

Die Beantwortung erfolgt unter TOP 3.1 im nichtöffentlichen Teil.

6.2 Anfragen zu dieser Sitzung

**6.2.1 Straßenlärm macht krank – Lärmeinwirkungen im Bezirk Innenstadt,
Anfrage Grüne
AN/1107/2021**

6.2.2 Ampelschaltung neuer Überweg Innere Kanalstraße, Anfrage Grüne AN/1108/2021

7 Mündliche Fragen an die Verwaltung

8 Mitteilungen des Bezirksbürgermeisters

9 Mitteilungen der Verwaltung

9.1 Ausweitung der Bewohnerreservierung im Bewohnerparkgebiet City-Martinsviertel (CITY) 0556/2021

Kenntnis genommen

9.2 Ausweitung der Bewohnerreservierung im Bewohnerparkgebiet Nördlich Neumarkt (NEU) 0914/2021

Kenntnis genommen

9.3 Temporäre Spielstraßen 1331/2021

Kenntnis genommen

9.4 Sachstand: Erfassung der Geruchslage im Bereich der Weidengasse durch ein Gutachten nach Geruchsimmissionsrichtlinie (GIRL) durch das Umwelt- und Verbraucherschutzamt der Stadt Köln 1734/2021

Herr Nüsser, FDP, fragt nach dem Sachstand zu der für Ende Mai geplanten Videokonferenz mit den Beteiligten.

Kenntnis genommen

9.5 Projekt: (Post)koloniales Erbe der Stadt Köln 1723/2021

Kenntnis genommen

9.6 Ergebnis über den Wettbewerb zur Errichtung einer Kfz-Brücke und einer Rad-/ Gehwegbrücke über das Hafenbecken, Deutzer Hafen in Köln-Deutz 1820/2021

Kenntnis genommen

**9.7 Verbreiterung des Geh-/ Radweges im Gereonswall/Klingelpütz
1999/2021**

Frau Dr. Börschel, SPD, fragt, ob die in der Bezirksvertretung Innenstadt beschlossene „Schulstraße“ in das Konzept einfließe.

Kenntnis genommen

**9.8 Aufstellung von Messgeräten an der Bastei (AN/0681/2021)
1662/2021**

Herr Uerlich, CDU, teilt mit, dass er mit der Antwort nicht einverstanden sei und nachfragen werde.

Kenntnis genommen

**9.9 Unfallhäufungsstellen und tödliche Verkehrsunfälle des Jahres 2020 im
Stadtbezirk Innenstadt
1950/2021**

Kenntnis genommen

**9.10 Carsharing im öffentlichen Raum
hier: Anfrage der SPD-Fraktion in der Sitzung des Verkehrsausschusses
am 20.04.2021, TOP 5.2.3
1911/2021**

Kenntnis genommen

**9.11 "Der Städtebauliche Masterplan für die Innenstadt Köln"
hier: Aktueller Sachstand und Ausblick
1996/2021**

Herr Uerlich, CDU, weist auf die Erweiterung der Lenkungsgruppe Masterplan hin und würde sich über Ergebnisse freuen.

Kenntnis genommen

**9.12 Einrichtung einer zeitliche befristeten Mobilitäts- und Logistikstation
am Ottoplatz in Deutz
1738/2021**

Kenntnis genommen

9.13 Flächenbericht 2020 für die Gebäude- und Parkflächen des Sondervermögens der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln (GW) wird verschoben 1655/2021

Kenntnis genommen

9.14 Sanierung der Drehbrücke im Deutzer Hafen - Sachstand zur Erstellung eines Treppenturms 2144/2021

Kenntnis genommen

gez. Hupke
Bezirksbürgermeister

gez. Brohl
Schriftführerin